



Regionalbericht
Südliches und Östliches Afrika

Ein (erster) Hoffnungsschimmer für die Region?

von Anja Osei und Siegmар Schmidt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0
www.bertelsmann-stiftung.de

Der Text und die Abbildungen dieser Publikation sind urheberrechtlich geschützt und lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International (CC BY-SA 4.0) Lizenz. Den vollständigen Lizenztext finden Sie unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legal-code.de>



Das Titelfoto (© PhotoDisc/Gettyimages.com) und die Logos sind ebenfalls urheberrechtlich geschützt, unterfallen aber nicht der genannten CC-Lizenz und dürfen nicht verwendet werden.

DOI 10.11586/2026034

Regionalbericht BTI 2026

Südliches und Östliches Afrika

Ein (erster) Hoffnungsschimmer für die Region?

von Anja Osei und Siegmarschmidt *

Überblick zu den Transformationsprozessen in Angola, Äthiopien, Botswana, Burundi, Dschibuti, Eritrea, Eswatini, Kenia, Lesotho, Madagaskar, Malawi, Mauritius, Mosambik, Namibia, Ruanda, Sambia, Simbabwe, Somalia, Südafrika, Südsudan, Tansania und Uganda



Dieser Regionalbericht analysiert die Ergebnisse des Transformationsindex BTI 2026 der Bertelsmann Stiftung im Untersuchungszeitraum vom 1. Februar 2023 bis zum 31. Januar 2025. Weitere Informationen finden Sie unter www.bti-project.org.

Zitiervorschlag:

Anja Osei und Siegmarschmidt, Ein (erster) Hoffnungsschimmer für die Region? — BTI 2026-Regionalbericht Südliches und Östliches Afrika, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung 2026.

* Anja Osei ist Professorin für Vergleichende Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Afrika am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin.

Siegmarschmidt ist Professor für Analyse und Vergleich politischer Systeme und internationale Politik Universität Landau. Beide sind BTI-Regionalkoordinatoren für das Südliche und Östliche Afrika.

Einleitung

Im Berichtszeitraum haben sich keine gravierenden Impulse für die politische Transformation ergeben: Wie zuvor zählt die Region 8 Demokratien und 14 Autokratien. Mit einem Durchschnittswert von 4,76 in der politischen Transformation bleibt die Region unter dem BTI-Gesamtdurchschnitt von 5,15, verliert aber nur 0,05 Punkte gegenüber dem BTI 2024. In vielen Ländern ist die Macht nach wie vor im Staatsoberhaupt zentralisiert und es existieren zahlreiche dominante Parteien. Die Konzentration von Macht führt häufig dazu, dass die Gewaltenteilung unterlaufen wird. In einer Reihe von Staaten wurde im Berichtszeitraum gewählt (Südafrika, Botswana, Rwanda, Mozambique, Mauritius), in anderen mussten sich in der letzten Beobachtungsperiode auf der Basis von Reformversprechen ins Amt gekommene Regierungen bewähren (Lesotho, Kenia, Sambia). In der Tendenz zeigen die Entwicklungen in der Region einerseits, dass nach wie vor Wahlen ein Motor des Wandels sein können, und dass politische Veränderungen auch Verbesserungen im wirtschaftlichen Klima und in der Regierungsführung nach sich ziehen können. Botswana und Lesotho sind die Länder mit den höchsten Zugewinnen bei der demokratischen Transformation. Beide gewinnen aber auch bei der ökonomischen Transformation und der Regierungsführung hinzu. In Lesotho handelt es sich dabei um eine Stabilisierung, die durch die erfolgreichen Wahlen 2022 eingeleitet worden war. In Botswana wurde mit einem überraschend deutlichen Ergebnis die seit der Unabhängigkeit regierende BDP (Botswana Democratic Party) in friedlichen Wahlen abgelöst. Es bleibt abzuwarten, ob der Enthusiasmus anhält, oder ob wie in Sambia und Kenia erste Enttäuschungen eintreten. In Autokratien wie Djibouti, Rwanda, Mosambik oder Madagascar dienen Wahlen hingegen lediglich als Legitimationsritual. Die Opposition ist entweder kooptiert und wird damit quasi in den Regierungsapparat integriert, oder wird, wie in Mosambik unterdrückt. Absurd hohe Wahlergebnisse wie die über 99% Zustimmung für Ruandas Präsidenten Kagame bezeugen eine extreme Form politischer Dominanz in repressiven Systemen ohne echte Alternativen. Äthiopien ist nach dem Krieg in Tigray unter einer föderalen Fassade in eine zentralistische autoritäre Herrschaft zurückgefallen. Die Wahlen sind nach wie vor ausgrenzend, und in Amhara und Oromia hält die Gewalt an, was die Legitimität der staatlichen Institutionen schwächt.

Die autoritären Staaten Somalia, Südsudan und Eritrea besitzen – wie in den letzten Jahren – keinerlei demokratische Institutionen und demokratische Partizipation ist nicht möglich. In Eritrea finden sogar keine Wahlen auf allen Ebenen statt und die Einheitspartei Peoples Front for Democracy and Justice (PFDJ) dominiert mithilfe des Militärs das gesamte Land und die Gesellschaft absolut. Zunehmend kann Eritrea als ein totalitäres System bezeichnet werden. Der Südsudan und Somalia sind Staaten im Bürgerkrieg, auch wenn die Kämpfe schwächer geworden sind. Die somalische Regierung ist nach wie vor noch nicht in der Lage, die öffentliche Ordnung zu gewährleisten und die Gewalt durch unterschiedliche Milizen zu beenden.

Ebenso gering ist die Veränderung im ökonomischen Bereich, wo es eine Verbesserung von +0,05 gegenüber dem BTI 2024 gibt. Obwohl sich in einigen Fällen wie Tansania, Äthiopien, Lesotho oder Mosambik die monetäre Stabilität verbesserte, handelt es sich eher um eine Angleichung an die Werte der Zeit vor Covid. Von einer Transformation im regionalen Maßstab kann nicht gesprochen werden.

In der Region ist Mauritius weiterhin das einzige Land, das in der ökonomischen Transformation als fortgeschritten gilt. In acht Ländern ist die ökonomische Entwicklung eingeschränkt, in neun weiteren sogar stark eingeschränkt. Am unteren Ende der Tabelle sind Simbabwe, Somalia, Eritrea und Südsudan zu finden, deren ökonomische Entwicklung nur rudimentär ist und die sozialen Folgen für Bevölkerung katastrophal sind.

Der Trend in der Regierungsführung fällt mit -0.03 zwar insgesamt nur leicht zurück, allerdings stehen sechs Ländern mit positiven Veränderungen 15 Ländern mit negativen Tendenzen gegenüber. Lediglich in Eritrea gab es keine Veränderung. Dies ist allerdings als eine schlechte Nachricht zu werten, da das Land in fast allen Indikatoren ohnehin die schlechtmögliche Wertung erhält und mit einem Wert von nur 1.08 das Schlusslicht der Tabelle bildet. Eine Verschlechterung ist kaum möglich, eine Trendwende in Richtung allerdings auch nicht in Sicht. Ähnlich schlecht regiert werden Südsudan, Eritrea und Eswatini. Der regionale Durchschnittswert liegt mit 4,74 unter dem Gesamtdurchschnitt aller Länder von 5,18. Die größten Verbesserungen erzielte Lesotho mit $+0.85$, gefolgt von Botswana ($+0.21$) und Kenia ($+0.2$). Zu den Verlierern zählen Burundi, Äthiopien, aber – auf einem hohen Niveau – auch Mauritius (-0.2).

So verharzt die Region weiterhin in der Stagnation. Allerdings muss dies angesichts der Welle von Militärputschen in West- und Zentralafrika nicht unbedingt als ein ausschließlich negativer Befund interpretiert werden. In einer zunehmend unruhiger werdenden Welt sind in Süd- und Ostafrika zumindest keine gravierenden neuen Konfliktlinien entstanden.

Politische Transformation

Auch wenn die Scores auf den ersten Blick fast identisch wie beim BTI 2024 aussehen, so haben sich durchaus bei einigen Indikatoren verändert. Dies gilt vor allem bei den demokratischen Ländern bzw. den defekten Demokratien. Der Grund für Veränderungen waren die kompetitiven Parlamentswahlen wie in Botswana, Mauritius, Südafrika und Namibia, die mit der Ausnahme Namibias zu einem Macht- und Regierungswechsel führten.

Der Spitzenreiter Botswana sorgte bei den Wahlen 2024 durch den klaren Sieg der Oppositionskoalition UDC (Umbrella for Democratic Change) über die langjährige Regierungspartei Botswana Democratic Party (BDP) für eine Überraschung. Meinungsumfragen hatten zwar schon seit längerem eine wachsende politische Unzufriedenheit in der Bevölkerung gezeigt, jedoch war es der Opposition vor 2024 nicht gelungen, dies für einen Regierungswechsel zu nutzen. Der frühere Präsident Masisi akzeptierte die Niederlage und bestärkte damit die demokratische Konsolidierung des Landes, was sich auch im Zugewinn von 0.35 Punkten im Demokratie-Status ausdrückt. Ein positiver Trend wurde auch in Lesotho durch die Wahlen in 2022 in Gang gesetzt. Das Land stieg im Demokratie-Status um 0.7 Punkte an, was die deutlichste Verbesserung in der Region ist. Politische Beteiligung, Freiheitsrechte und Gewaltenteilung sind weitgehend intakt und nähren die berechnete Hoffnung, dass die Periode der Instabilität beendet ist und sich das Land auf dem Weg der Konsolidierung befindet. Die Erwartungen der Wähler sind allerdings hoch, und die demokratischen Ideale werden noch nicht durchgängig erreicht. So bestehen weiterhin Probleme mit der Korruption im öffentlichen Sektor und der teilweise nicht ausreichende konsequenten Verfolgung von Korruptionsfällen hochrangiger Beamter und Politiker. Auch das Parteiensystem bleibt fragmentiert und trägt zu wenig zur Interessenaggregation bei.

In Sambia hingegen zeigte sich, dass der Optimismus über den Wahlsieg von Hakainde Hichilema, der in der letzten Berichtsperiode zu einer Verbesserung des Landes in mehreren Indikatoren geführt hatte, inzwischen gedämpft ist. Trotz einiger signifikanter Entwicklungen wie der Verabschiedung des neuen Informationsfreiheitsgesetzes laufen die versprochenen politischen Reformen schleppend. Es gibt noch immer Spannungen zwischen Amtsinhaber Hichilema und seinem Vorgänger Edgar Lungu, der 2022 abgewählt wurde. Im Berichtszeitraum zeigten sich Anzeichen einer Wiederrzunahme repressiver Maßnahmen gegen die aktuelle Opposition. Zudem verliert Sambia leicht (-0.1 Punkt im Demokratie-Status). Die Zukunft wird zeigen, ob die Hichilema-Regierung die hohen in sie gesetzten Erwartungen doch noch erfüllen kann oder ob sich ein erneuter Abwärtstrend durchsetzt.

Tab. 1: Entwicklungsstand der politischen Transformation

sich konsolidierende Demokratien	defekte Demokratien	stark defekte Demokratien	gemäßigte Autokratien	harte Autokratien
Werte 10 bis 8	Werte < 8 bis 6	Werte < 6	Werte ≥ 4	Werte < 4
Botswana	Mauritius	Kenia	Tansania	Mosambik ▼
	Südafrika		Uganda	Simbabwe
	Namibia		Angola	Ruanda
	Malawi		Madagaskar	Dschibuti
	Lesotho ▲			Burundi
	Sambia			Eswatini
				Äthiopien
				Südsudan ●
				Eritrea
				Somalia ●

Die Tabelle folgt den Indexwerten im BTI 2026. Die Länder sind entsprechend ihrer Systemkategorisierung und der Bewertung des politischen Transformationsstands angeordnet. Pfeile markieren Kategorienwechsel im Vergleich zum BTI 2024, Punkte bezeichnen zerfallende Staaten.

Nachdem kein Land aus der Autokratie- in die Demokratie-Kategorie aufsteigen konnte, muss von einer Stagnation der politischen Entwicklung gesprochen werden. Dies ist darauf zurückzuführen, dass in einigen Ländern eine autokratische Konsolidierung bereits vollzogen ist, oder eine Entwicklung in Richtung Demokratie zu keinem Zeitpunkt wirklich stattgefunden hat. In Burundi gab die Wahlkommission Mitte Juni 2025 bekannt, dass die Regierungspartei CNDD-FDD bei den Parlamentswahlen alle Sitze und 96.5% aller Wählerstimmen gewann. Die Regierungspartei schüchtert Oppositionelle ein, und schreckt dabei auch nicht vor Gewalt und Verhaftungen zurück. Auch in Djibouti sitzt die Regierung fest im Sattel. Die Regierungskoalition Union pour la Majorité Présidentielle (UMP) baute ihre Macht durch den Sieg bei den Parlamentswahlen 2023 weiter aus. Allerdings bot sich den Wählern kaum eine echte Alternative: während Teile der Opposition ins System kooptiert wurden und lediglich ein pluralistisches Feigenblatt darstellt, boykottierte der größere Teil der Opposition die Wahlen. In Madagaskar konsolidierte sich die autokratische Herrschaft von Präsident Andry Rajoelina weiter in den gewonnenen Parlaments- und Lokalwahlen. Die Durchführung der Wahlen war von Unregelmäßigkeiten gekennzeichnet, und die Opposition weigerte sich, das Ergebnis anzuerkennen. Rwanda bleibt eines der repressivsten Systeme, in dem eine legale Opposition kaum möglich ist. Mei-

nungs- und Pressefreiheit sind stark eingeschränkt. Präsident Kagame gewann die Präsidentschaftswahl 2024 mit dem offiziellen Ergebnis von 99.18%. Die Wahlbeteiligung war sehr hoch, allerdings sind die Wahlen nicht als frei und fair zu bezeichnen, es gab keine echten Alternativen, und die Opposition ist einer ständigen Überwachung und Einschüchterung ausgesetzt.

Die erhofften Veränderungen unter der Präsidentin Samia Suluhu Hassan in Tansania sind ebenfalls nicht eingetreten. Nachdem eine Öffnung und Liberalisierung nach der Periode der Autokratisierung unter Magufuli zunächst möglich schien, blieben die Reformen symbolisch. Die Regierungspartei CCM (Chama Cha Mapinduzi) sieht sich durch eine wachsende Unterstützung für die Opposition unter Druck und sucht ihre Macht mit allen Mitteln zu sichern. Oppositionspolitiker und Regierungskritiker „verschwanden“, wurden willkürlich inhaftiert oder eingeschüchtert. Durch die enge Fusionierung von Staat und Partei sind politische Institutionen wie die Wahlkommission, die Gerichte und das Parlament nur begrenzt unabhängig. Die Präsidentin hat weitreichende Befugnisse bei der Ernennung von offiziellen Ämtern und kann damit die formal vorhandene Gewaltenteilung praktisch unterwandern. Bei den Kommunalwahlen 2024 kam es zu zahlreichen Unregelmäßigkeiten bei der Registrierung von Wählern und Oppositionskandidaten, aber auch zur Einschränkung sozialer Medien. Tansania fällt damit von 4.9 auf 4.75 im Demokratie-Status des BTI.

In Uganda nimmt die Repression zu. Präsident Museveni wird 2026 voraussichtlich erneut als Kandidat der NRM (National Resistance Movement) antreten. Aufgrund seines hohen Alters bleibt die Frage der politischen Nachfolge allerdings brisant und könnte in näherer Zukunft zu einem Faktor der Instabilität werden. Uganda rutscht zwar nur um -0.05 Punkte ab, jedoch ist die Rechtsstaatlichkeit weiter rückläufig und die Repression gegen die Opposition nimmt weiter zu.

Der Bertelsmann Transformation-Index 2024 hat Kenia als einen der wenigen positiven Fälle in Ostafrika benannt, da die Präsidentenwahlen 2023 gewaltfrei und im Großen und Ganzen fair waren. Die positiven Tendenzen in Kenia sind einer Ernüchterung gewichen. Mit dem Wahlsieg William Rutos erwarteten die Kenianer in erster Linie Wachstumsimpulse der schwierigen Wirtschaftssituation, die aber bislang kaum erreicht werden konnten. Die von der Regierung anvisierte Steuererhöhung im Juni 2024 führte zu gewalttätigen Protesten, die insbesondere von Jugendlichen und Studenten organisiert wurden. Die kenianischen Sicherheitskräfte beendeten die Proteste mit massiver, unverhältnismäßiger Gewalt und sogar wurde die Armee eingesetzt, um die Ordnung wiederherzustellen. Eine Folge der Proteste war die Rücknahme des Steuergesetzes durch die Regierung und sogar die Absetzung des Kabinetts. Eine weitere Folge war, dass zivile und politische Rechte beschädigt wurden. Die Unruhen, die im Juli 2025 begannen, richteten sich gegen die anhaltende Polizeigewalt und die Schwächung der Demokratie. Der Bertelsmann Transformation Index 2026 beschreibt die Situation als politisch stagnierend und ambivalent, denn Kenia gilt zwar als eine Demokratie, allerdings als eine mit gravierenden Defiziten. Angesichts der Situation in Kenia könnte langfristig eine autoritäre Regierung an das Ruder kommen.

Die politische Entwicklung in Südafrika stagniert in der Demokratischen Transformation (+0.10) weitgehend. Durch die Wahl im Mai 2024, die nach 30 Jahren die erste Wahlniederlage des African National Congress (ANC) nach seiner Alleinherrschaft mit sich brachte, reagierten große Teile der Bevölkerung und vor allem die Wirtschaft enthusiastisch und man erwartete Reformfortschritte. Die aktuelle Koalitionsregierung (Government of National Unity, GNU), die 10 Parteien umfasst, erreichte bisher keine durchschlagenden Erfolge. Die südafrikanischen Parteien

besitzen kaum Erfahrungen mit Koalitionen und daher ist die Koalition z.B. aufgrund einer angedachten Erhöhung der Mehrwertsteuer persönlich und politisch zerstritten. Neben den Konflikten innerhalb der Koalition sind es die Beharrungskräfte der Anhänger des vorherigen Präsidenten Jacob Zuma, die weitreichende Reformen blockieren. Die Wahlgewinner waren populistische Parteien, die ca. ein Viertel der Parlamentssitze gewinnen konnten. Diese können die neue Regierung unter Druck setzen, gerade weil die Regierung insgesamt instabil ist. Allerdings ist der negative Demokratietrend Südafrikas, der sich durch die Konsolidierung der Macht rund um die ANC entwickelt hatte, gestoppt worden. Nach den Wahlen besitzt Südafrika eine Chance, das Land politisch und wirtschaftlich zu reformieren.

Namibia verliert im Vergleich in den beiden Subregionen mit -0.55 im Demokratie-Status deutlich. Die Ursachen sind auf die den letzten Wahlen 2024 zurückzuführen und sind vielfältig: Unter anderem sind es organisatorische Defizite des Wahlregimes (Wahlkommission), ineffektive Institutionen, insbesondere der Ombudsmann, sowie politische Interventionen gegen die Presse. Nachdem der bisherige Präsident Hage Geingob überraschend verstarb, gewann die Befreiungsbewegung SWAPO (South-West Africa People's Organisation), die seit den Gründungswahlen 1992 immer die Regierungen stellte, wählten die Namibianer mit Netumbo Nandi-Ndaitwah eine Präsidentin, die aus der Befreiungsbewegung kommt. Damit war politisch schnell klar, dass es kaum umfassendere Reformen geben wird. Ineffizienz der Verwaltungen und Patronage werden wahrscheinlich weitergehen. Die Staatspräsidentin hat erklärt, dass sie engagiert gegen die Korruption ankämpfen wird. Sie ist eine praktizierte Protestantin und kritisierte die LGBTI+ Community. Der bisherigen liberale Politik, welche in Subsahara Afrika nicht selbstverständlich ist, will sie eine andere Richtung geben und Homosexualität und Abtreibungen gesetzlich erschweren.

Mosambik galt vor zwei Jahrzehnten noch als ein Hoffnungsträger für eine rechtstaatliche Demokratie in Ostafrika. Die Regierungspartei FRELIMO gewann nach einem brutalen Bürgerkrieg die Gründungswahlen und regiert seit fast 50 Jahren. Die Demokratiequalität in Mosambik fiel in den letzten Jahren deutlich. Repression gegen Oppositionelle und massive Wahlfälschungen waren auch in den letzten lokalen, regionalen und nationalen Wahlen vom Oktober 2024 an der Tagesordnung. Venâncio Mondlane, der Herausforderer der neuen Partei PODEMOS hatte keine Chance gegen die ehemalige Befreiungspartei. Die Partei PODEMOS erhielt ca. 24% der Stimmen. Allerdings war dieser Wert aufgrund der offensichtlichen Wahlfälschungen nicht korrekt. Nach den Wahlen, die von der Wahlkommission sogar akzeptiert wurden, protestieren vor allem jüngere Mosambikaner gegen die Regierung und den neuen Präsidenten Daniel Chapo, der als Nachfolger seinen Parteikollegen ablöst. Die Polizei reagierte gewaltsam und mindestens 300 Menschen wurden getötet. Nach den Protesten wurden die bürgerlichen Rechte der Versammlungs- und Meinungsfreiheit von der Regierung eingeschränkt. Mosambik gilt nun als eine harte Autokratie auf dem Niveau wie Ruanda, Eswatini, Äthiopien und Simbabwe. Diese Staaten schützen nicht die grundlegenden Freiheitsrechte der Bevölkerung und Regierungswechsel durch faire Wahlen sind nicht möglich.

Der Inselstaat Mauritius ist nach wie vor einer der erfolgreichen Transformationsländer Afrikas. Mauritius erreicht mit 7.85 Punkten nach Botswana den zweithöchsten Wert und kommt deutlich über Südafrika (7.10) und Namibia (6.80). Die letzten Parlamentswahlen im November 2024 in Mauritius waren sensationell, da die Opposition 62.6% der Stimmen aufgrund des Mehrheitswahlsystem alle der 60 Abgeordnetensitze bekam. Zwar lassen sich einige Defizite wie eine

starke elektronische Überwachung finden und da in den letzten Jahren eine leichte autokratische Tendenz spürbar ist, gilt das Land als eine der defekten Demokratien des Kontinents. Allerdings ist das Prädikat Demokratie nur um 0.15 Punkte verfehlt. In Sub Sahara Afrika ist nach Botswana Mauritius auf dem zweiten Platz, sehr eng vor dem westafrikanischen Ghana.

Wirtschaftliche Transformation

Insgesamt beziehen sich die Zugewinne vor allem auf das Kriterium Sozioökonomisches Entwicklungsniveau (+0.18). Leicht aufwärts bewegen sich auch die Werte für die Sozialordnung (+0.12), sowie Nachhaltigkeit und Geldwert- und Fiskalstabilität (jeweils +0.07). Negativ hingegen sind die Tendenzen im Bereich Privateigentum (– 0.12). Hier ist Tansania der größte Verlierer, da die Privatisierung von Staatsbetrieben und die Verbesserung der Eigentumsrechte vor allem im ländlichen Bereich unter Samia Hassan nicht konsequent weiterverfolgt wurde. Bei anderen Kriterien ist eher eine Stagnation zu verzeichnen (Markt- und Wettbewerbsordnung –0.03 und Leistungsstärke der Volkswirtschaft +0.04). Den größten positiven Trend verzeichnet Lesotho, das sich im Wirtschafts-Status von 5.11 auf 5.64 verbessert. Zu den Verlierern gehören die sehr unterschiedlichen Länder Eswatini und Mauritius. Institutionelle Defizite wie die Schwächung der Zentralbank und geringer Autorität der Wettbewerbskommission führten in Mauritius zu niedrigeren Punkten. Trotzdem bleibt Mauritius das einzige Land der Subregionen, das seit Jahren Fortschritte in seiner wirtschaftlichen Transformation macht.

Tab. 2: Entwicklungsstand der wirtschaftlichen Transformation

weit fortgeschritten	fortgeschritten	eingeschränkt	stark eingeschränkt	rudimentär
Werte 10 bis 8	Werte < 8 bis 7	Werte < 7 bis 5	Werte < 5 bis 3	Werte < 3
	Mauritius	Botswana	Angola	Simbabwe
		Kenia	Mosambik	Somalia
		Südafrika	Dschibuti	Südsudan
		Lesotho	Sambia	Eritrea
		Ruanda	Madagaskar	
		Tansania	Malawi	
		Namibia	Äthiopien	
		Uganda	Eswatini	
			Burundi	

Die Tabelle folgt den Indexwerten im BTI 2026. Die Länder sind entsprechend ihrer Bewertung des wirtschaftlichen Transformationsstands angeordnet. Pfeile markieren Kategorienwechsel im Vergleich zum BTI 2024.

Die ökonomische Transformation der Region wird weiterhin von tiefgreifenden strukturellen Problemen geprägt. Trotz einer leichten Erholung nach der Covid-19-Pandemie und eines Rückgangs der Inflation bleibt der Wandel durch verbreitete Korruption, die Vereinnahmung wirtschaftlicher Ressourcen durch Eliten, schwache Institutionen und fragmentierte soziale Sicherungsnetze gebremst. Besonders in autoritären Staaten ist die Privatwirtschaft durch politische Interessen beeinflusst. Ruanda überzeugt zwar mit positiven wirtschaftlichen Kennziffern, ist

aber im Prinzip ein autoritärer Entwicklungsstaat. Auch Djibouti profitiert dank seiner strategischen Lage von Handelseinnahmen durch seinen Hafen. In anderen harten Autokratien wie Eritrea, Eswatini und Simbabwe wird die wirtschaftliche Entwicklung durch politische Unterdrückung, Korruption und eine internationale Isolation behindert. Somalia und der Südsudan besitzen als gescheiterte Staaten nur rudimentäre marktwirtschaftliche Ordnungsstrukturen.

Trotz des relativ kleinen Privatsektors findet sich in Botswana und vor allem im Vergleich mit dem Wert in Mauritius 7.25 (2024: 7.45) eine weitgehende funktionierende Wirtschaftsordnung. Die Regierungen Botswanas und Mauritius verfolgen aktiv das Ziel, ausländische Direktinvestitionen anzuziehen und ergreifen dazu Maßnahmen wie die erleichterte Online-Registrierung von Unternehmen oder Steuerbefreiungen. Preise bilden sich frei, der Außenhandel ist liberalisiert, Privateigentum ist durch die Verfassung geschützt und das Bankensystem bleibt solide, so dass Inflation und Wechselkurs seit 2023 stabil gehalten werden. In Botswana bleibt die Wirtschaft weiterhin abhängig vom Diamantensektor. In Mauritius versucht die neue Regierung die wirtschaftlichen Strukturveränderungen der alten Regierung auszugleichen, sodass beispielsweise die Unabhängigkeit der Zentralbank gestärkt wird.

Das landwirtschaftlich geprägte Burundi verzeichnete ein Wachstum 2023 ein Wachstum von 2,7%, für 2024 werden 3,5% erwartet. Dies reicht angesichts der Bevölkerungszunahme nicht aus, um die Armut nachhaltig zu bekämpfen. Trotz einiger Reformschritte – schnellere Firmen Gründung, einzelne Kraftwerksprojekte, geplante Sonderwirtschaftszonen – bleibt der institutionelle Rahmen insgesamt schwach und stark politisiert. Dies betrifft vor allem das Eigentumsrecht und Landkonflikte. Das Bankensystem ist formal stabil, leidet aber unter knappen Devisen und politischer Einflussnahme.

In Djibouti ist der Privatsektor stark in der Hand staatlicher oder mit der politischen Elite verbundener Unternehmen, zudem erschweren hohe Markteintrittsbarrieren und Korruption das Geschäftsumfeld zusätzlich. Vorhaben wie die Teilprivatisierung der Telekommunikation zeigen zwar einen Willen zur Öffnung, verlaufen jedoch oft schleppend. Eine Initiative, den Hafen zu einem globalen Wirtschaftszentrum und einer Sonderwirtschaftszone umzugestalten, könnte allerdings größeres Potential entfalten.

In Lesotho wurden Verbesserungen erzielt, Prognosen gehen nach einem geringfügigen Defizit im Jahr 2023 erstmals von Haushaltsüberschüssen in 2024 und 2025 aus. Die positive Entwicklung ist auf höhere Einnahmen aus der Südafrikanischen Zollunion (SACU) und einen moderaten Anstieg der inländischen Steuereinnahmen zurückzuführen. Auch die Staatsverschuldung ist rückläufig. Der Markt ist formal offen, jedoch bleibt Lesotho stark von Armut und Ungleichheit geprägt. Im Berichtszeitraum konnten dennoch Fortschritte bei der Gewährleistung der Chancengleichheit, vor allem im Hinblick auf die Anzahl der Frauen in politischen Ämtern, gemacht werden. Auch wurden neue Wohlfahrtsprogramme aufgelegt, darunter ein Fond für Menschen mit körperlichen Behinderungen und eine Ausweitung der Unterstützung für ältere Menschen.

Malawis stark agrarisch geprägte Wirtschaft – überwiegend Subsistenz-Kleinstbetriebe, ergänzt durch exportorientierte Tee- und Tabakplantagen – leidet unter Wetterextremen, Devisenmangel und hoher Inflation. Private Unternehmen gelten als Wachstumsträger, werden jedoch von hoher Besteuerung, Infrastrukturengpässen und Energie-/Treibstoffknappheit ausgebremst. Trotz eines formal liberalisierten Marktes profitieren Unternehmen von politischen Beziehungen, die teilweise den Wettbewerb verzerren. Auch Madagascar gehört in die Reihe der

sehr armen Länder, hier liegt die Armut bei über 80%. Der Mangel an Fachkräften, Korruption, schwache Infrastruktur und institutionelle Instabilität verhindern Investitionen. Der Staat spielt nach wie vor eine große Rolle in der Wirtschaft und zeigt wenig Bereitschaft zur Privatisierung der verbleibenden Staatsunternehmen. 95% der Menschen sind im informellen Sektor beschäftigt.

Offizielle Wirtschaftsdaten aus dem autoritär regierten Ruanda sollten generell mit Vorsicht betrachtet werden. Obwohl Kigali eine starke Privatwirtschaft und offenen Handel propagiert, leben noch immer rund 40 % der Bevölkerung Ruandas in Armut. Außerdem gibt es eine große Ungleichheit zwischen Stadt und Land sowie wenig humanitäre Entwicklung, was der stagnierende Human Development Index (HDI) zeigt (seit 2005 bei rund 0,548). Firmengründungen sind relativ einfach und der Außenhandel gilt als offen, auch wenn Schlüsselsektoren von Firmen mit Verbindungen zur politischen Elite dominiert werden. Eigentumsrechte sind verfassungsrechtlich verankert, bleiben aber politisiert; Enteignungen „im öffentlichen Interesse“ sind möglich. Die hohe Inflation und die hohe Staatsverschuldung (bei 73% des BIP) wirkten sich im Berichtszeitraum negativ auf die gesamtwirtschaftliche Lage aus.

Die Republik Südafrika könnte ein Wachstumsmotor für das Südliche Afrika sein, aber die politischen Defizite der Regierungen, insbesondere der Zuma-Administration, beschädigten die ökonomische Transformation des Landes. Notwendige Investitionen aus Südafrika selbst, aber auch aus ausländischen Investitionen blieben aufgrund der unzureichenden Regierungsführung aus. Südafrika besitzt trotz seines Potentials – das Bruttosozialprodukt des Landes ist unangefochten in diesen beiden Regionen und zweieinhalb Mal desjenigen Kenias – sogar einen schlechteren Score (5.71) als Kenia (5.86) hat. Vor allem aus politischen Gründen lähmt bis heute die Wirtschaft des Landes. Die Unternehmen warten nach den Kommunalwahlen 2027, ob die Regierung überleben würde.

Auch Kenia mit dem Zentrum Nairobi besitzt hohe wirtschaftliche Potentiale, die für die Region Ostafrika sehr wichtig sind. Die diversifizierte Privatwirtschaft ist zwar das Rückgrat der kenianischen Wirtschaft, doch einige Sektoren werden noch immer vom Staat gemanagt. Das Land ist vergleichbar stark in die globale Lieferkette und Wirtschafts- und Handelssysteme (wie z.B. die East African Community) integriert. Das Bankensystem liegt auf einem hohen Standard und im Bereich Umweltschutztechnologie führt das Land in Ostafrika. Im Vergleich mit den meisten Ländern der Subregionen besitzt Kenia ein Sozialsystem und Umweltschutzaufgaben, welche auch durchgesetzt werden. Die Makroindikatoren wie z.B. das Wirtschaftswachstum (über 3%) und eine relativ geringe Arbeitslosigkeit zeigen die wirtschaftliche Stärke des Landes.

Eine der stärksten Ökonomien im östlichen Afrika besitzt Mauritius mit 7.25 den höchsten Wert in der Kategorie „fortgeschritten.“ Die Unterschiede zwischen Mauritius und den folgenden stärkeren Ökonomien sind hoch: Zwar erreicht Botswana noch den Score von 6.93, doch die Scores von Südafrika (5.71) und Kenia (5.86) sind mehr als ein ganzer Punkt geringer. Im BTI 2026 ist die wirtschaftliche Situation in Mauritius nach langen Jahren schwächer geworden. Die wichtigsten Gründe für diese Defizite der mauritianischen Ökonomie sind die hohen Investitionen für das Sozialsystem, wie z.B. der höhere Mindestlohn mit Folge eines höheren Budgetdefizits gewesen. Nach wie vor bleibt Mauritius im globalen Vergleich und im BTI 2026 (mit Ausnahme der europäischen Länder einer der stärksten Volkswirtschaften (Platz 21 von 137)).

Governance

Wie auch im BTI 2024 muss festgehalten werden, dass sich die meisten Länder mit einem nach wie vor hohen Schwierigkeitsgrad konfrontiert sehen. Dazu zählen Armut und Ungleichheit, schwache Staatlichkeit, sowie eine wenig diversifizierte und rohstoffabhängige Wirtschaftsstruktur, endemische Korruption. Schwache Zivilgesellschaften, Stadt-Land-Gefälle und sich verschlechternde klimatische Bedingungen stellen weitere Herausforderungen dar. Auch im BTI 2026 ist der Governance Trend leicht negativ (-0,04 im Vergleich zum BTI24). Es muss allerdings hinzugefügt werden, dass einige Länder in der Region bereits sehr niedrige Werte aufweisen, so dass wenig Luft nach unten ist. Besonders schwach ist die Regierungsführung in den autoritären Staaten wie Eritrea, Eswatini, Simbabwe und bei den gescheiterten Staaten Südsudan und Somalia. Einige der autoritären Staaten wie Simbabwe und Mosambik erreichen zwar höhere Wertungen in einigen Indikatoren, dies täuscht jedoch darüber hinweg, dass das Gesamtniveau gerade in diesen autoritären Staaten sehr gering ist. Die meisten Staaten stagnieren (z.b. Angola) oder verlieren noch weiter.

Hingegen verbessert sich Lesotho in der Priorisierung um 1 Punkt, in der Lernfähigkeit und Implementierung um jeweils zwei Punkte. Das Land steht nun in allen drei Indikatoren bei 6 von 10 Punkten. Zahlreiche Programme wurden in Lesotho auf den Weg gebracht, zum Beispiel eine Erweiterung des Jugendausbildungsprogramms von 2019, das es Unternehmen und Organisationen ermöglicht, Auszubildende für zwei Jahre aus öffentlichen Geldern zu finanzieren oder die Plattform „SEBABATSO“, welche junge Unternehmer und Investoren zusammenbringen soll. Obwohl es noch viele Verzögerungen bei der Umsetzung gibt, zeigt sich die Regierung lernfähiger als ihre Vorgänger und macht einige Fortschritte bei der Digitalisierung. Allerdings fehlt es noch an einer konsequenteren Berücksichtigung empirischer Evidenz in der Politikevaluation. Auch in Botswana gibt es leichte Zugewinne, die mit dem Regierungswechsel möglicherweise weiter konsolidiert werden können.

Tab. 3: Qualität der Governance

sehr gut	gut	mäßig	schwach	gescheitert
Werte 10 bis 7	Werte < 7 bis 5,6	Werte < 5,6 bis 4,3	Werte < 4,3 bis 3	Werte < 3
	Botswana	Lesotho	Mosambik	Simbabwe
	Mauritius	Dschibuti	Uganda	Eswatini
	Südafrika ▲	Tansania	Äthiopien	Somalia
		Kenia	Burundi	Südsudan
		Malawi		Eritrea
		Ruanda		
		Sambia		
		Namibia		
		Madagaskar		
		Angola		

Die Tabelle folgt den Indexwerten im BTI 2026. Die Länder sind entsprechend ihrer Bewertung im Governance-Index angeordnet. Pfeile markieren Kategorienwechsel im Vergleich zum BTI 2024.

Ein gemischtes Bild zeigt sich in Äthiopien. Das Ende des Nordkonflikts im Jahr 2022 und eine Beruhigung der Lage in den Regionen Amhara und Oromia im Jahr 2024 haben im Vergleich zu den Vorjahren für eine gewisse Entspannung gesorgt. Jedoch ist die Regierung Abiy Ahmed derzeit nicht in der Lage, die zentralen politischen Probleme des Landes anzugehen. Angesichts des Überlebenskampfes der Regierung haben viele soziale Reformen an Priorität verloren. Dennoch konnten einige strukturelle Maßnahmen zur Stärkung des Privatsektors und zur Steigerung der Investitionen umgesetzt werden. Theoretisch sind Möglichkeiten des politischen Lernens durchaus gegeben. So nehmen die Ministerien der äthiopischen Regierung regelmäßig an Fortbildungs- und Evaluierungsmaßnahmen teil, auch gibt es im Ministerium für Planung und Entwicklung zweimal jährlich Zusammenkünfte, um sicherzustellen, dass die laufenden Aktivitäten mit den nationalen Entwicklungszielen in Einklang stehen. Dennoch hat sich der politische Raum in Äthiopien so weit verengt, dass sensitive Themenbereiche oft aus der Betrachtung ausgeklammert werden. Das betrifft vor allem Forderungen nach unabhängigen Untersuchungen zu Menschenrechtsverletzungen und Fragen der nationalen Sicherheit, die gegenwärtig nicht offen diskutiert werden können.

In Tansania ist unter Präsidentin Hassan zwar viel von Reformen die Rede, bislang blieben diese aber weit unter den Erwartungen. Der Rhetorik folgen wenige durchgreifende Veränderungen, so dass vielmehr eine Stagnation in der Regierungsführung eingetreten ist. Weiterhin bleibt die Sicherung der Parteiendominanz das oberste Ziel, das vor allen anderen politischen Prioritäten rangiert. Auch in Uganda werden viele ehrgeizige Ziele formuliert, zum Beispiel Programme zur Stärkung der Primär- und Sekundärbildung oder das Parish Development Model zur ländlichen Armutsbekämpfung, deren Umsetzung allerdings oft schwach bleibt und politischen Zielsetzungen folgt.

Djibout hat mit der „Vision 2035“ zum ersten Mal einen strukturierten Plan für die nationale wirtschaftliche Transformation vorgelegt, dessen Schwerpunkte auf dem Ausbau der Infrastruktur, der Diversifizierung der Wirtschaft und Reformen im privaten Sektor liegen. Durch zunehmende Konkurrenz im regionalen Wettbewerb durch Äthiopien und Somalia steht das Land vor der Herausforderung, seine Hafen- und Logistikinfrastruktur attraktiver für Investitionen zu machen und sich als Handelsportal am Horn von Afrika zu behaupten.

Ruanda gehört unter der Rwandan Patriotic Front zu den eher effizient regierten Ländern. Mit dem Dokument „Vision 2050“ verfolgt die Regierung das Ziel, Ruanda bis 2035 zu einem Land mit mittlerem Einkommen zu machen. Dabei werden auch innovative Praktiken einbezogen, die sich zum Teil an traditionellen gesellschaftlichen Werten orientieren. Die hohe Steuerungsfähigkeit Ruandas spiegelt gleichzeitig jedoch den stark autoritären Ansatz der Politik wider, der vor allem die Interessen der politischen Eliten stützt. Viele der Reformen sehen nach außen hin damit durchaus erfolgreich aus, werden aber mit harter Hand durchgesetzt, ohne dass eventuell entstehende Frustrationen einen legitimen Ausdruck finden könnten.

Kenia, dessen Governance-Leistung noch 2024 stark nach oben zeigte, blieb auf dem bisherigen stagnierenden Niveau. Die aktuelle Entwicklung durch den gewalttätigen Protest und massive Polizeigewalt zeigt auch Defizite der Regierungsführung der neuen Regierung im Jahr 2023 unter Präsident Ruto auf.

Die neue Koalitionsregierung in Südafrika scheint momentan eine Trendwende der Regierungsführung, die ab 2014 tendenziell bergab ging, zu erreichen: Positive Veränderungen zeigen sich auch bei den Indikatoren Priorisierung und Policy Co-ordination.

In der Regierungsführung der namibischen Regierung finden sich geringere Werte des Indikators Zielkonsens und des Konfliktmanagements im Vergleich zum BTI 2024. Ursachen für den geringeren Konsens in Namibia ist eine politische Polarisierung der Gesellschaft und die internen Machtkämpfe der SWAPO sowie die Politik der neuen Präsidentin, da bisherigen liberalen gesellschaftlichen Positionen (insbesondere in Fragen der Religion und der Werthaltungen) die politische Kultur schwächen.

Mit den drei Indikatoren (17.1.–17.3) Nutzung internationaler Unterstützung, Glaubwürdigkeit und Regionale Kooperation mit der internationalen Gemeinschaft und den regionalen Institutionen wird der Fokus des BTI bei internationaler Zusammenarbeit erweitert. Die 22 Staaten dieser Subregionen sind – mit Ausnahme von Botswana und Mauritius – abhängig von der bi- und multilateralen Entwicklungszusammenarbeit (zumeist durch Projekte), Kredite und Investitionen. Insbesondere Malawi, Mosambik, Lesotho, Eswatini und Somalia sind hochgradig abhängig. Eritrea und Burundi werden von westlichen Staaten, inklusive der USA, wegen Menschenrechtsverletzungen sanktioniert. Die meisten Staaten versuchen sich aus den aktuellen Krisen, wie dem russischen Angriff gegen die Ukraine und dem Gaza-Israel-Krieg herauszuhalten. Enttäuschend für die EU-Staaten war, dass viele afrikanische Staaten ihre in der UN-Generalversammlung eingebrachten Ukraine-Resolutionen nicht unterstützten. Die EU war überrascht, dass sie – obwohl sie der größte Geber für Handel, Investitionen und Entwicklungszusammenarbeit ist und dies auch trotz des Engagements Chinas bleibt – in diesem Fall keine Unterstützung von den afrikanischen Staaten erhielt. Diese Staaten hatten bisher stets die gemeinsamen Werte und Normen der EU-AU-Kooperation unterschrieben. Resolutionen bezüglich der pro Ukraine-Resolutionen war auch ein Affront gegen den Westen generell. Die meisten Staaten enthielten sich ihre Stimme oder waren abwesend bei den wichtigsten Abstimmungen in der Generalversammlung (The Path to Peace“ (A/ES-11/L.14, 2025). Da die sich u.a. mit dem Wegfall der Entwicklungshilfen aus den USA in einer Krise befindet, läuft sie Gefahr, Entwicklungszusammenarbeit oder das neue Projekt Global Gateway nicht weiterhin finanzieren zu können.

Der radikale Schritt der Trump-Administration, die US-AID finanzierten Projekte zu beenden und die gesamte Entwicklungszusammenarbeit zu zerstören verändert momentan die Situation im östlichen und südlichen Afrika. Die Folgen z.B. für einige HIV-AID-Projekte in Eswatini, Simbabwe und Südafrika sind katastrophal.

Die Republik Südafrika, der ressourcenstärkste und renommierteste Staat in der Region, ist unter massivem Druck der USA gekommen. Bei einem Treffen zwischen dem südafrikanischen Präsident Ramaphosa und Präsident Trump in Washington kam es zu einem Eklat, da Trump argumentierte, dass die südafrikanische Regierung (angeblich) weiße Südafrikaner aus rassistischen Gründen ermorden lässt bzw. nichts dagegen tue. Eine kleine Gruppe weißer Südafrikaner immigrierten als „Flüchtlinge“ in die USA und wurden von der amerikanischen Regierung über die Medien offiziell willkommen geheißen.

Die gegenseitige Glaubwürdigkeit und auch das jahrelange Vertrauen zwischen afrikanischen Staaten und bilateralen Gebern wie der EU ist seit einigen Jahren schon komplizierter geworden. Der Grund war und ist, dass einige Staaten wie Kenia, Sambia und Eswatini Konflikte mit dem

Internationalen Strafgerichtshof (ICC) hatten, die die Beziehungen zur EU trübten. Die EU, die einen großen Teil der Finanzierung des ICC übernimmt, kritisiert diejenigen Staaten, die sich mit Regierungen, bei denen es Menschenrechtsverletzungen gab, solidarisierten.

Die veränderten wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen sind für die Staaten in der Region tendenziell negativ, doch sie besitzen Alternativen wie vor allem China und evtl. die Russische Föderation (wie z.B. in der Sahel-Region). Inwieweit afrikanische intergouvernementale Institutionen wie die Regionalorganisation Southern African Development Cooperation (SADC), die Afrikanische Union (AU) und die BRICS Kooperation intensivieren können, bleibt unklar. Nachdem 2023 die SADC erstmals eine Election Observation Mission (SEOM) nach Simbabwe geschickt hatte, um die Wahlen zu beobachten, war es erstaunlich, dass die Mission Wahlen als unfair bezeichnet und offen die simbabwische Regierung kritisierte. Es könnte sein, dass dies der Beginn einer aktiveren SADC-Politik sei, in welcher die Region ihre Verantwortung für Demokratie und Menschenrechte ernster nehme.

Ausblick

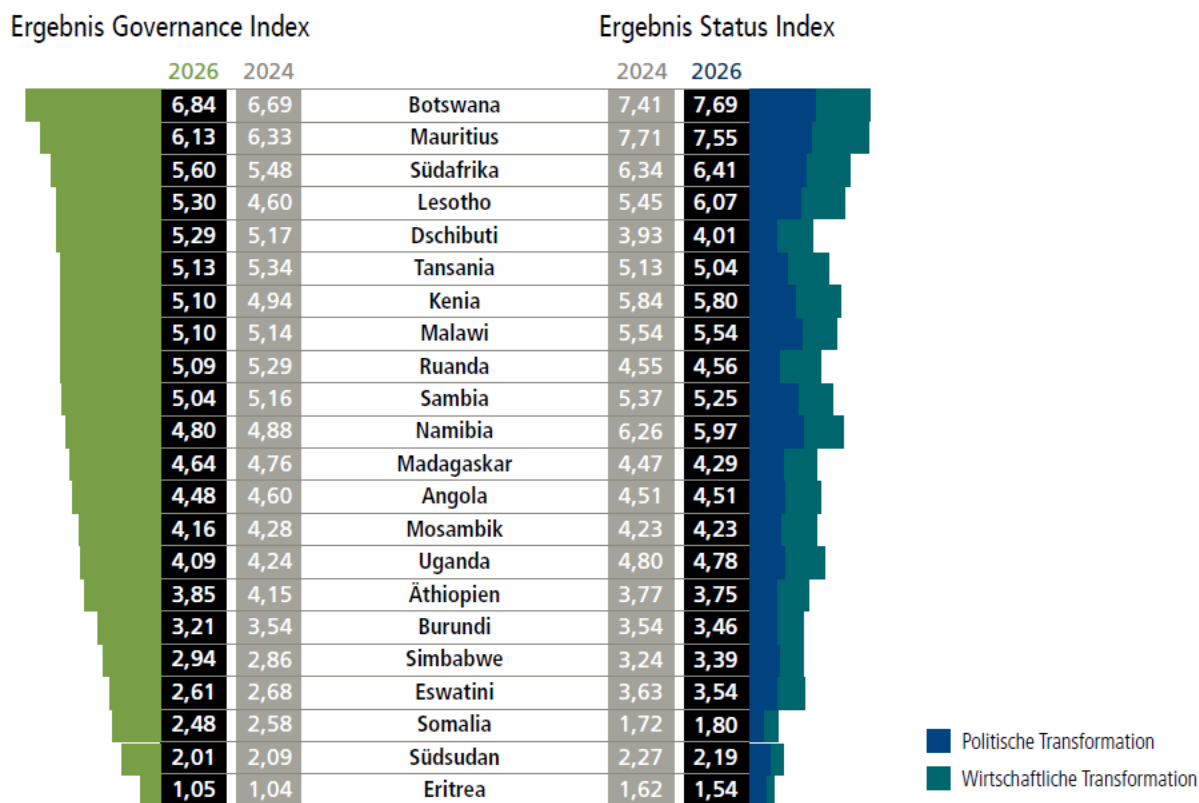
Im Berichtszeitraum sind große Fortschritte ausgeblieben, jedoch sind auch keine gravierenden Verschlechterungen aufgetreten. Die Fortschritte in der politischen Transformation betreffen Länder, die bereits ein gewisses Niveau der demokratischen Entwicklung erreicht hatten. Botswana und Mauritius können sich nach dem erfolgreichen Machtwechsel nun endgültig als die am weitesten konsolidierte Länder der Region definieren.

Die Beispiele Kenia und Sambia zeigen, dass neu gewählte Regierungen nicht unbedingt die in sie gesteckten Erwartungen erfüllen, sondern dass eine Transformation eine längere strukturelle Veränderung und Konsolidierung beinhaltet. Externe Schocks – wie z.B. die amerikanische Zoll- und Entwicklungszusammenarbeit unter Präsident Trump – könnten leicht die häufig noch hybriden Systeme beschädigen.

Am anderen Ende konsolidieren sich jedoch auch die Autokratien. In einigen der harten Autokratien wie Eritrea, Simbabwe und der einzigen Monarchie Eswatini fehlen jegliche Impulse der Veränderung. Das Beispiel der Präsidentin Samia Suluhu Hassan in Tansania verdeutlicht, dass neue Staatsoberhäupter trotz rhetorischer Reformversprechen der Verlockung des Machterhalts nicht unbedingt entkommen. Im Gegenteil, die Änderungen scheinen eher kosmetischer Natur, und eine verstärkte Repression war bereits in den Lokalwahlen spürbar. Dies wirft bereits jetzt Fragen für die 2025 geplanten Wahlen in Malawi und Tansania auf. In Uganda ist das Schicksal des Regimes stark an den Präsidenten Museveni geknüpft, der 2026 noch einmal zur Wahl antritt.

Starke Präsidenten, Personalismus und Konflikte um verlängerte Amtszeiten sind ähnlich wie in der Region West- und Zentralafrika ein Risikofaktor der Autokratisierung. Nachfolgekonflikte können in Systemen mit starken institutionalisierten Parteien wie Tansania besser gelöst werden als in personalistischen Regimen wie Uganda. Insofern steht vor allem Uganda eine entscheidende Periode der politischen Entwicklung bevor. Bereits jetzt bahnen sich Machtkämpfe zwischen Regierung und Opposition an. Möglich sind aber auch Auseinandersetzungen inner-

halb der Regierungspartei. Typisch für Autokratien ist aber auch das fragmentierte Oppositionsspektrum. Ein zentraler Faktor politischer Transformation ist daher auch im Parteienwettbewerb zu finden: es muss den oppositionellen Kräften noch besser gelingen, für ein alternatives Gesellschaftskonzept zu werben, das konkrete Policy-Defizite benennt und Lösungsmöglichkeiten vorschlägt. Trotz aller Repression muss konstatiert werden, dass die Opposition in vielen Ländern sich allzu leicht kooptieren lässt und die strategischen Möglichkeiten nicht immer optimal ausschöpft.



Ein besonderer Fall ist Ruanda, das wirtschaftlich erfolgreich und in der Regierungsführung effizienter ist als andere Länder der Region. Allerdings sind offizielle Statistiken der Regierung unter Vorbehalt zu sehen. Das Land erreicht seine Erfolge zum großen Teil auf Kosten der demokratischen Partizipation und kann daher kaum als positives Vorbild gelten. Früher oder später wird sich in Ruanda die Frage der Nachfolge Paul Kagames stellen, der im Moment noch unangefochten an der Spitze des Regimes steht.

Wahlen bleiben unbestritten der Kern demokratischer Transformation, sie allein reichen jedoch nicht aus, um nachhaltige Veränderungen zu begründen. In vielen Staaten in der Region, die durch Wahlen einen Regierungswechsel erreichten, ist es noch unklar, ob die positiven Tendenzen dauerhaft sind. Häufig verbessern sich nach erfolgreichen Wahlen auch relevante Bereiche der Wirtschaftspolitik und Governance, jedoch ist angesichts der Beispiele Kenia und Sambia vor allzu großen Hoffnungen zu warnen. Lesotho verbessert sich im BTI 2026 in vielen Indikatoren, allerdings ist auch hier die weitere Entwicklung mit vorsichtigem Optimismus abzuwarten.

Die ökonomische Erholung wird mittelfristig daran zu messen sein, ob von der sinkenden Inflation Impulse für einen strukturellen Wandel ausgehen. Die Entpolitisierung von Eigentums- und Landrechten in Ländern mit hohem Konfliktpotenzial bleibt eine der Prioritäten. Auch die Formalisierung hochgradig informeller Ökonomien, vereinfachte Bedingungen für Investoren

und zielgenaue Sozialversicherungssysteme bleiben auf der Agenda. Im Bildungssektor sind in vielen Ländern größere Anstrengungen nötig, um die steigende Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften zu befriedigen und die Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt noch weiter zu fördern. Im Kontext der wachsenden Bevölkerungen und damit des steigenden Anteils junger Menschen sind Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit nicht nur ökonomisch sinnvoll, sie tragen auch zur Sicherung von Frieden und Vermeidung von gewaltsamen Konflikten bei.

Abschließend lässt sich festhalten, dass die Region nach wie vor mit großen Herausforderungen kämpft, aber weitgehend stabil bleibt. In einer Welt, die in den letzten Jahren von einer Zunahme an Konflikten und einem abnehmenden Demokratieniveau geprägt war, ist dies nicht gering zu schätzen. Vor allem Südafrika (und in geringeren Maße Mauritius) besitzen eine Chance, die ökonomische und demokratische Transformation voranzutreiben.

Über den BTI

Governance im internationalen Vergleich

Seit 2004 analysiert und bewertet der Transformationsindex der Bertelsmann Stiftung (BTI) regelmäßig die Qualität von Demokratie, Marktwirtschaft und Regierungsführung in 137 Entwicklungs- und Transformationsländern. Grundlage für die Bewertung sind über 5.000 Seiten an detaillierten Länderberichten, die in Zusammenarbeit mit über 280 Experten führender Universitäten und Think Tanks in über 120 Ländern erstellt werden.

Der aktuelle Untersuchungszeitraum erstreckt sich vom 1. Februar 2023 bis zum 31. Januar 2025.

Der BTI ist der einzige international vergleichende Index, der die Qualität von Regierungshandeln mit selbst erhobenen Daten misst und eine umfassende Analyse von politischen Gestaltungsleistungen in Transformationsprozessen bietet.

Transformation Index BTI 2026

ISBN
978-3-68933-009-5
AUFLAGE
1. Auflage
UMFANG/FORMAT
80 Seiten, Broschur

PREIS **18,00 €**
ZZGL. VERSANDKOSTEN



Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Phone +49 5241 81-0

Sabine Donner
Senior Expert
Telefon +49 5241 8181501
sabine.donner@bertelsmann-stiftung.de

Dr. Hauke Hartmann
Senior Expert
Telefon +49 5241 8181389
hauke.hartmann@bertelsmann-stiftung.de

Sebastian Plate
Project Manager
Telefon +49 5241 8181263
sebastian.plate@bertelsmann-stiftung.de

www.bti-project.org

www.bertelsmann-stiftung.de